

Ausländerintegration in Köln im Bundes- und Großstadtvergleich

Romotzky, Ralf; Alt, Armin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Romotzky, R., & Alt, A. (1989). Ausländerintegration in Köln im Bundes- und Großstadtvergleich. *ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung*, 24, 65-71. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-204883>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Ausländerintegration in Köln im Bundes- und Großstadtvergleich

von Ralf Romotzky und Armin Alt

1. Zielsetzung des Kommunalen Mikrozensus

Im Kölner Stadtgebiet lebten zu Jahresbeginn 1989 etwa 152 000 Ausländer. Bei einer Gesamtbevölkerung der Stadt von 979 000 Einwohnern entspricht dies einem Anteil von mehr als 15 Prozent. Fast die Hälfte der ausländischen Bürger (43%) ist türkischer Nationalität, ungefähr jeder vierte (28%) kommt aus einem EG-Land.

Selbst wenn man davon ausgeht, daß die Ausländer keine homogene Gruppe darstellen, so können doch aufgrund einer weitgehend ähnlichen Lebenslage die Schwierigkeiten der ausländischen Bürger bei ihrer Lebensführung nicht als Minderheitenproblem gekennzeichnet werden. Das städtische Infrastrukturanangebot wie z.B. Schulen, Wohnungen, öffentliche Verkehrsmittel, soziale und kulturelle Einrichtungen u.ä. muß sich deshalb nicht nur an den Lebensbedürfnissen der deutschen Bürger orientieren, sondern ebenso an den Interessen der Ausländer. Nur so ist zu verhindern, daß etwa ein Sechstel der Gesamtbevölkerung bei der Lebensgestaltung benachteiligt wird.

Damit dem Rat und der Verwaltung der Stadt Köln aktuelle Informationen zur Verfügung gestellt werden können, führt das Amt für Statistik und Einwohnerwesen in jährlichem Abstand eine repräsentative Bevölkerungsbefragung (Kommunaler Mikrozensus) durch, in die seit 1987 neben der deutschen Bevölkerung auch die ausländischen Bürger mit einbezogen werden.

Diese Untersuchungsreihe liefert wichtige Hinweise insbesondere zur Beurteilung des kommunalen Infrastrukturanangebots durch die Bürger, zur Wohnsituation in Köln sowie zur Einschätzung der gegenwärtigen und zukünftigen wirtschaftlichen Lage. Durch die Berücksichtigung der Ausländer im Rahmen dieser freiwilligen Befragung wird es u.a. möglich, spezifische Probleme - die mit dem Status dieser Teilbevölkerung zusammenhängen - darzustellen.

Die nachfolgenden Ergebnisse sind ein Resultat dieser als Dauerbeobachtung angelegten Untersuchung, bei der jedes Jahr etwa 1 800 deutsche und ausländische Bürger mit Hauptwohnsitz in Köln im Alter zwischen 18 und 75 Jahren befragt werden. Die Ende 1987 erhobenen Daten ermöglichen Aussagen zum Stand der Ausländerintegration in



Köln und liefern die Datengrundlage für einen entsprechenden Vergleich mit anderen Großstädten sowie der gesamten Bundesbevölkerung. Die Untersuchung kann aufgrund ihrer Anlage als allgemeine Bevölkerungsbefragung die Vielzahl von Integrationsaspekten nicht umfassend abdecken und vermittelt deshalb nur ein eingeschränktes Bild. Gleichwohl ermöglicht sie jedoch anhand der Beispiele Wohnpräferenzen und Einstellungen zum Kommunalwahlrecht einen Eindruck, wie es um das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern in Köln bestellt ist.

2. Wohnpräferenzen

Vor dem Hintergrund der durch die Untersuchung festgestellten konfliktarmen "normalen Nachbarschaftsverhältnisse", die jeweils zwei Drittel der Deutschen und Ausländer zur Kennzeichnung ihres Zusammenlebens angeben (1), überrascht es nicht, daß 1987 bei der Wohnpräferenz nur jeder zehnte deutsche Kölner - gegenüber etwa jedem Fünften im Jahr 1981 - es für besser hält, wenn Deutsche und Ausländer getrennt leben. Sogar nur 3 Prozent der in Köln lebenden Ausländer wollen eher isoliert von der deutschen Bevölkerung wohnen. Man kann deshalb durchaus von einem vergleichsweise gutem Integrationsklima in Köln sprechen. Wie der ebenfalls 1987 in Zusammenarbeit mit der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) durchgeführte, bundesweit repräsentative ZUMA-Bus ergab, sind im Bundesgebiet im Vergleich zu Köln stärkere Vorbehalte unter der deutschen Bevölkerung gegenüber Ausländern anzutreffen (vgl. Tabelle 1). (2)

So ist etwa jeder fünfte Bundesbürger (19%) der Meinung, daß Ausländer und Deutsche eher getrennt voneinander wohnen sollten. In den deutschen Großstädten - in denen die Ausländer bereits seit längerer Zeit einen größeren Anteil der Bevölkerung stellen und man sich deshalb wohl besser kennt - wird diese Ansicht weniger häufig, nämlich von 14 Prozent der Deutschen vertreten.

Dies läßt insgesamt die Vermutung zu, daß oft Vorurteile - die i.d.R. bei mangelnder Kontakthäufigkeit (Ausländeranteil Bundesgebiet: 8%; Köln: 15%) stabil bleiben - dafür verantwortlich sind, daß sich ein Teil der Bundesbürger gegen ein Zusammenleben und Wohnen mit der ausländischen Bevölkerung ausspricht.

Tabelle 1: Wohnpräferenz (in % der Befragten)

Präferenz	Deutsche				Ausländer
	Köln 1981	Köln 1987	Groß- städte 1987	Bundes- gebiet 1987	Köln 1987
Deutsche und Ausländer sollten gemeinsam wohnen	61	62	52	46	90
Deutsche und Ausländer sollten getrennt wohnen	18	10	14	19	3
Egal	21	28	34	35	7

Quelle: "Leben in Köln - Umfrage 1987 (Kommunaler Mikrozensus)", November/Dezember 1987; "Die Einstellung der Kölner zu ihren ausländischen Mitbürgern", November 1981; Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Köln - Statistisches Informationssystem; Bundesweite BfLR/ZUMA-Erhebung 1987

3. Strukturelle Besonderheiten in Köln

Die verhältnismäßig geringe Ablehnung gemeinsamer Wohnstandorte bzw. das darin zum Ausdruck kommende günstige Integrationsklima ist umso höher zu bewerten, wenn einige Kölner Strukturmerkmale zusätzlich in die Betrachtung einbezogen werden.

Köln weist mit 43 Prozent einen sehr hohen Anteil an türkischen Einwohnern unter den Ausländern auf. Damit sind die Türken im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (32%) und vor allem zu Großstädten mit hohem Ausländeranteil wie z.B. München (17% Türken), Stuttgart (19% Türken) und Frankfurt (20% Türken) im Kölner Stadtgebiet wesentlich stärker vertreten. Da gegenüber der türkischen Bevölkerung aufgrund ihrer andersartigen Kultur und ihrer z.T. von der deutschen Bevölkerung unterschiedlichen Lebensweise häufig stärkere Vorbehalte als z.B. gegenüber den EG-Ausländern vorge-

bracht werden, spricht die im Bundes- und Großstadtvergleich dennoch feststellbare größere Integrationsbereitschaft zusätzlich für die Toleranz der deutschen Kölner.

Darüber hinaus ist bei einer Bewertung der Ausländerintegration in Köln ebenfalls zu berücksichtigen, daß sich der Kölner Arbeitsmarkt gegenüber dem Bundesdurchschnitt für einen Teil der Beschäftigten bzw. Arbeitssuchenden ungünstiger zusammensetzt. Arbeitslose ohne Berufsausbildung haben in Köln offensichtlich geringere Chancen einen Arbeitsplatz zu erhalten, da sie - verglichen mit dem Bundesgebiet - 62% gegenüber 51% der Arbeitslosen stellen (3). Es ist deshalb auf dem Teilarbeitsmarkt für un- und angeleitete Arbeitnehmer von einer vergleichsweise schärferen Konkurrenz auszugehen. Da in diesem Bereich in hohem Maße auch Ausländer Arbeitsplätze nachfragen - 84 Prozent der arbeitslosen Ausländer in Köln haben keine abgeschlossene Berufsausbildung (4) - existiert also neben dem hohen Türkenanteil ein weiteres potentiell Belastungsmoment, daß sich eher integrationshemmend bemerkbar machen müßte.

Die insgesamt positive Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber anderen Nationalitäten wird auch von den Ausländern wahrgenommen. So bezeichnen nur sieben Prozent der Ausländer in Köln die Ausländerfeindlichkeit als ein aktuelles städtisches Problem. Dies geht ebenfalls aus einer zusätzlichen (offenen) Fragestellung des Kommunalen Mikrozensus 1987 hervor, bei der die Befragten die nach ihrer Meinung größten Kölner Probleme angeben sollten.

4. Einstellungen zum Kommunalwahlrecht

Das relativ konfliktfreie Zusammenleben von Deutschen und Ausländern im Alltag sowie die weitgehende Zustimmung zu gemeinsamen Wohnstandorten, die auf ein verhältnismäßig hohes Integrationsniveau schließen lassen, drückt sich auch in der gegenüber 1981 deutlich gestiegenen Bereitschaft der deutschen Kölner aus, den Ausländern die Möglichkeit der politischen Partizipation auf kommunaler Ebene zu eröffnen. Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, sprachen sich Ende 1987 nur noch etwa die Hälfte der befragten Kölner dagegen aus, den Ausländern in der Stadt das Kommunalwahlrecht einzuräumen. Dieses Ablehnungspotential hat sich in den letzten Jahren zudem stark reduziert, da sich 1981 noch drei von vier Kölnern dagegen gewandt haben, den Ausländern das Stimmrecht bei Stadtratswahlen zu gewähren.

**Tabelle 2:** Kommunalwahlrecht für Ausländer (in % der Befragten)

Einstellung zum Wahlrecht	Deutsche		Ausländer
	Köln 1981	Köln 1987	Köln 1987
Für Ausländerbeteiligung	18	32	78
Gegen Ausländerbeteiligung	76	51	8
Egal	6	17	14

Quelle: "Leben in Köln - Umfrage 1987 (Kommunaler Mikrozensus)", November/Dezember 1987; "Die Einstellung der Kölner zu ihren ausländischen Mitbürgern", November 1981; Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Köln - Statistisches Informationssystem -

Von den Ausländern selbst wird eine solche Entwicklung verständlicherweise sehr begrüßt. Sie sprechen sich nicht nur in hohem Maße für ein gemeinsames Wohnen und Leben aus, sondern bekunden ebenso eindeutig ihr Interesse an einer politischen Beteiligung (78%).

Wenn man Deutsche und Ausländer gemeinsam darüber entscheiden ließe, ob ein Kommunalwahlrecht für Ausländer eingeführt werden soll, dann hätte sich zum Befragungszeitpunkt bereits eine mehrheitliche Unterstützung bzw. Tolerierung eines solchen Begehrens ergeben, da sich 55% der Befragten (49% der Deutschen und 92% der Ausländer) entsprechend geäußert haben.

Die derzeit nur geringen politischen Einwirkungsmöglichkeiten auf das Kölner Kommunalgeschehen, mögen wesentlich dafür verantwortlich sein, daß die Ausländer nur ein geringes Interesse an der Tätigkeit von Rat und Verwaltung zeigen. Mehr als die Hälfte (55%) der befragten Ausländer haben überhaupt kein bzw. nur wenig Interesse am Rats-



und Verwaltungshandeln. Hinter diesem Ergebnis, das auf den ersten Blick im Kontrast zu dem bekundeten Interesse an einer Wahlbeteiligung steht, verbirgt sich offenbar ein hoher Realitätsbezug: Tatbestände, die man kaum beeinflussen kann, vermögen nur selten ein ernsthaftes, sachbezogenes Interesse hervorzurufen.

Durch dieses ausgeprägte Desinteresse der ausländischen Kölner Bürger an der Tätigkeit von Rat und Verwaltung, verringert sich entsprechend auch die Chance, politische Handlungskonzepte im Sinne einer Ausländerintegration zu vermitteln und sich darüber mit den Adressaten sachlich auseinanderzusetzen. Inwieweit die politische Dialogfähigkeit im Zusammenhang mit der Ausländerintegration hierdurch insgesamt gefährdet erscheint, kann hier nicht abschließend bewertet werden.

5. Fazit

Die vorgestellten Ergebnisse weisen - trotz gewisser struktureller Erschwernisse - insgesamt auf eine bemerkenswert hohe Bereitschaft der deutschen Kölner Bevölkerung zur Tolerierung und Akzeptanz der ausländischen Bürger hin. Ob dieser im Bundes- und Städtevergleich festgestellte überdurchschnittliche Integrationsstand auch für die Zukunft gilt oder sich z.B. durch verschärfende Probleme auf dem Arbeitsmarkt und zunehmenden Verwerfungen auf dem Kölner Wohnungsmarkt (Zunahme der Nachfrage, Mietsteigerungen, Schwächung der Rechtsstellung der Mieter) eine eher rückläufige Tendenz einstellt, kann noch nicht beantwortet werden. Spätestens bei den im Herbst 1989 in Nordrhein-Westfalen anstehenden Kommunalwahlen wird sich jedoch zeigen, inwieweit diese und andere Faktoren - wie in anderen bundesdeutschen Großstädten derzeit beobachtbar - eine vor allem auch gegen die Ausländer gerichtete politische Radikalisierung von Teilen der deutschen Bevölkerung bewirken. Anzeichen für eine verstärkt ausländerfeindliche Entwicklung in Köln sind zumindest nach den Ergebnissen der Befragung noch nicht erkennbar.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Alt, Armin; Romotzky, Ralf: Aspekte der Stadtentwicklung: Ausländerintegration in Köln in: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.): Aktuelle Daten und Prognosen zur räumlichen Entwicklung. Entwicklungstendenzen von Städten und Stadtregionen. Heft 11/12.1987, S. 775-787.



- 2 Die Vergleichsdaten des ZUMA-Busses 1987 wurden freundlicher-weise von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) zur Verfügung gestellt.
- 3 Vgl. Stadt Köln, Amt für Wirtschaftsförderung: Kölner Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht 1987, S.30 und Bundesanstalt für Arbeit: Amtliche Nachrichten der Bundes-anstalt für Arbeit Nr.3/1988, S.271 f
- 4 Vgl. Stadt Köln, Amt für Statistik und Einwohnerwesen: Ausländer in Köln 1988, S.34

Ralf Romotzky und Armin Alt

Stadt Köln
Statistisches Amt
Postfach 10 80 20
5000 Köln 1